

Das föderale System der Bundesländer und die starke Betonung der Bindung an die regionale Heimat und den eigenen Dialekt verleiht vielen Deutschen eine duale Anywhere-Somewhere-Identität in der Sprache, die sie sprechen. Die weitaus meisten wechseln mühelos von Hochdeutsch zu Schwäbisch oder einem anderen regionalen Dialekt.

Wie ich bereits in der Einleitung zur englischen Paperbackausgabe geschrieben habe, bin ich der Überzeugung, dass Bayern eine der Regionen in Europa ist, wo sich Anywhere- und Somewhere-Interessen am besten die Waage halten. Innerhalb Deutschlands, vor allem von Norden aus, wird Bayern regelmäßig als extrem konservativ angesehen. Und bis zu einem gewissen Grad ist das auch so. Die CSU ist vermutlich die konservativste
Mainstream-Partei Westeuropas. Und in den kleineren Städten und auf dem Land ist Bayern ganz klar katholisch

und traditionalistisch.

Aber es ist eben auch eine sehr offene und auf wirtschaftlichem Gebiet dynamische Region. *Laptop und Lederhose* heißt das Klischee. Es fällt auch Liberalen nicht schwer, sich hier zu Hause zu fühlen. München ist im Wesentlichen eine SPD-regierte Stadt (heute mit starker Beteiligung der Grünen). Dasselbe gilt für die meisten größeren Städte in Bayern, und eine der liberalsten und wichtigsten Mainstreamzeitungen, die *Süddeutsche Zeitung*, erscheint in München. Sowohl Anywheres als auch Somewheres können in Bayern ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln.

Weniger gut schneidet Deutschland im Hinblick auf die relativ geringe Breite akzeptabler öffentlicher Meinungsäußerungen ab – vor allem im Vergleich mit Großbritannien und den USA. Auch hier sind die Gründe historisch leicht verständlich. Man

reagiert im öffentlichen Diskurs nervöser auf alle Abweichungen von einer Art Anywhere-inspiriertem „Zwangsliberalismus“. Ein Freund von mir in Deutschland schätzt, dass etwa 80 Prozent der deutschen Medien eher linksliberal eingestellt sind.

Ich bin mir sehr bewusst, dass der von mir im Text gelegentlich verwendete Begriff „besonnener Populismus“ („decent Populism“ im *Original Anm. d. Übers.*) für manches deutsche Ohr etwas schmerzhaft klingt, denn manche betrachten jedwede Form von Populismus als illegitim. Aber wir müssen unterscheiden zwischen legitimen und illegitimen Formen des Populismus. Meine Definition eines Wählers oder Aktivisten, der den „besonnenen Populismus“ unterstützt, ist die eines Menschen, der mit der großen Liberalisierung der zurückliegenden Jahrzehnte und ihren Ergebnissen in punkto ethnischer Herkunft, Geschlecht und Sexualität im

weitesten Sinn einverstanden ist, auch wenn er sich selbst nicht unbedingt zur Gruppe derer rechnet, die diese Forderungen getragen und durchgesetzt hat. Ich denke auch, dass man populistische Parteien wie die französische Rassemblement National, wenn sie auf demokratischem Boden stehen, aber eine restriktivere Sicht auf die Einwanderung als liberale Politiker haben, ebenfalls als legitim betrachten sollte. Ich tue dies, weil der politische Versuch, solche Parteien auszugrenzen, allem Anschein nach wie bei den Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna) in Schweden eher zu deren Stärkung führte.

Immer noch viel zu oft werden vollkommen vernünftige Somewhere-Ansichten und -Gefühle – beispielsweise der Wunsch nach gesicherten Grenzen und einer Bevorzugung der eigenen Bürger – als illegitim abgetan. Und dadurch wiederum tut sich eine allzu große Kluft zwischen dem auf, was Leute im

Privaten sagen und was sie öffentlich äußern. So kann eine Art Zynismus gegenüber der „politisch korrekten“ politischen Elite entstehen, und genau hier setzt die AfD den Hebel an.

Angela Merkels außergewöhnliche Entscheidung, die deutschen Grenzen im Jahr 2015 für Flüchtlinge zu öffnen, wurde zunächst fast euphorisch begrüßt. Die Menschen waren verständlicherweise von einer Art Nationalstolz auf diese ungewöhnlich großzügige Geste erfüllt, bis hin zur üblicherweise konservativen BILD-Zeitung. Nach den sexuellen Übergriffen in Köln am Silvesterabend 2015 kippte die Stimmung um in Skepsis und bahnte einer eher kontroversen Diskussion über das Vorgehen in Sachen Flüchtlingskrise den Weg.

Tatsächlich wird diese Diskussion zumindest in einer Hinsicht in Deutschland mindestens so hart geführt wie in